

WK/BN

## Politik will Pilotprojekt

Beirat setzt auf neues Verkehrsmodell

VON MELANIE ÖHLENBACH

**Bremen.** Die einen dürfen, wollen aber nicht. Die anderen wollen, werden aber außen vor gelassen: Das Verkehrskonzept Shared Space (zu deutsch: gemeinsam genutzter Raum) beschäftigte auch den Beirat Vahr auf seiner jüngsten Sitzung. Die Stadtpolitiker wollen vom Ressort wissen, warum ihre Vorschläge nicht angenommen worden sind und hoffen bei einer öffentlichen Aussprache auf eine neue Chance.

Wolfgang Zimmermann brachte das Thema außerplanmäßig auf die Tagesordnung: „Wir sollten noch einmal an den Senator und die Dienststellen herantreten und ihnen sagen: Wir sind gerne bereit, dieses Projekt bei uns im Stadtteil zu haben“, forderte der Christdemokrat seine Beiratskollegen auf. Er schien nach der Absage aus der Neustadt und dem eher skeptischen Urteil aus Osterholz (wir berichteten) Morgenluft für seinen Stadtteil zu wittern. Schließlich habe die Vahr mit der Wohnungsbaugesellschaft Gewoba einen starken Partner, der sich an diesem Modellprojekt auch beteiligen wolle.

Shared Space ist nicht Neues für die Vahrer: Bereits vor über einem Jahr, Ende August 2009, haben sich Stadtpolitiker und Vertreter der Gewoba mit dem gleichberechtigten Miteinander auf der Straße intensiv auseinandergesetzt. Und zwar vor Ort im niedersächsischen Bohmte, der einzigen Stadt in Deutschland, in der das Verkehrskonzept bisher praktiziert wird. „Man hat das Gefühl, dass es viel ruhiger auf den Straßen ist und der Verkehr wesentlich entschleunigt wird“, meinte damals Gewoba-Vorstand Manfred Sydow und nannte damit nur einen Grund, weshalb auch das Wohnungsbauunternehmen das Verkehrskonzept in die Vahr holen wollte.

Dass nun die beiden Vorschläge Heideplatz in der Gartenstadt Vahr und der Karl-Kautsky-Kreisel in der Neuen Vahr Nord bei der Behörde durchgefallen sind, ärgert einige Stadtpolitiker. Der Beirat will daher mit Vertretern des Amts für Straßen und Verkehr sowie des Bauressorts das Thema noch einmal in einer öffentlichen Ausschusssitzung diskutieren. „Gerade weil die anderen abgesprungen sind, sollten wir der Baubehörde kurzfristig mitteilen, dass wir nach wie vor bereit sind, das Projekt hier auszuprobieren“, sagte Ute Golasowski (Grüne).